

Straf anzeigen

Staatsanwaltschaft prüft EnBW-Coup

Der Wiedereinstieg des Landes beim Stromkonzern EnBW beschäftigt nun auch die Justiz. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft prüft gegenwärtig, ob sie wegen des Alleingangs von Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) am Landtag vorbei Ermittlungen aufnehmen wird. Entsprechende StZ-Informationen bestätigte eine Behördensprecherin. Auslöser seien insgesamt vier Strafanzeigen. Darin hatte unter anderem ein renommierter Wirtschaftsanwalt den Verdacht der Untreue erläutert. Es liege zumindest eine Vermögensgefährdung vor, argumentiert er, da das Milliardengeschäft ohne die – nachträglich erteilte – Genehmigung des Parlaments geschlossen wäre, mit hohen Schadenersatzrisiken für das Land. Dabei sei es „rechtlich bedeutungslos“, wenn die EdF einen Landtagsvorbehalt nicht akzeptiert habe.

Zugleich regt der Anwalt an, die Einschaltung des Investmentbankers, Mappus-Freundes und CDU-Landesvorsitzenden Dirk Notheis zu prüfen. Da sich Käufer und Verkäufer kannten und wohl seit längerem in Gesprächen gewesen seien, lasse sich eine Vermittlungsleistung der Bank nicht erkennen. Zu untersuchen sei auch, ob die Vergütung für Morgan Stanley – dort ist Notheis Deutschlandchef – angemessen und marktüblich sei. Im Antwortschreiben der Staatsanwaltschaft wurde als Betreff „Ermittlungsverfahren gegen Stefan Mappus wegen Untreue“ genannt. Dagegen sagte die Behördensprecherin, es handle sich bisher nicht um förmliche Ermittlungen, sondern um eine Vorprüfung. In etwa drei Monaten könne man möglicherweise Näheres zu deren Ergebnis sagen. *mül*

Arzneimittel

AOK spart durch Rabattverträge

Dank ihrer Rabattverträge mit Herstellern von Nachahmer-Medikamenten rechnet die Krankenkasse AOK in diesem Jahr in Deutschland mit Einsparungen von rund 720 Millionen Euro. „Dass AOK-Versicherte und auch die Versicherten der meisten anderen Krankenkassen keine Zusatzbeiträge bezahlen müssen, verdanken wir vor allem den Versorgungsverträgen für Generika“, sagte Christopher Hermann, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der AOK Baden-Württemberg, am Mittwoch in Stuttgart. Für alle gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland seien deshalb im Jahr 2011 Einsparungen von bis zu drei Milliarden Euro möglich.

Generika sind Nachahmerpräparate von Medikamenten, deren Patent bereits abgelaufen ist. Sie müssen die gleiche Wirksamkeit aufweisen, sind aber meist preiswerter als das Original. Möglich sind diese Rabattverträge seit 2007. Seitdem dürfen die Krankenkassen die Versorgung mit einzelnen Medikamenten ausschreiben und auch direkt Rabattverträge mit Pharmaherstellern abschließen.

Die Apotheken sind dann verpflichtet, bei gleichwertigen Arzneimitteln bevorzugt die Vertragsprodukte der jeweiligen Krankenkasse herauszugeben. Die Patienten können seit dem 1. Januar aber auch das teurere Produkt verlangen, müssen die entstandenen Mehrkosten dann jedoch selbst tragen. Die AOK profitiert nach eigenen Angaben derzeit von Rabattverträgen mit 22 Unternehmen. *lsw*

Persönliches

Freiburg

Urs Keller wird neuer badischer Diakoniechef

Der Vorstandsvorsitzende des Evangelischen Diakonieverbandes in Freiburg, Urs Keller, wird neuer Chef der Diakonie Baden. Der Soziologe und Theologe tritt die Nachfolge von Oberkirchenrat Johannes Stockmeier an, der seit 15. Januar Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist. Der 52-Jährige leitet seit 1998 das Diakonieverbandes in Freiburg, wie die badische Landeskirche am Mittwoch mitteilte. Seinen neuen Dienst werde Keller voraussichtlich im Mai antreten. Keller ist seit 2006 im Aufsichtsrat der Diakonie Baden als einer von neun gewählten Delegierten. Er war 1991 bis 1998 als Pfarrer in Furtwangen, Vöhrenbach und Gütenbach (Schwarzwald-Baar-Kreis) *epd*

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf den SEITEN 25 und 26

Grüne verlangen Ablösung des Staatsanwalts

Polizeieinsatz Im Landtag gibt es neuen Streit über die juristische Aufarbeitung des „schwarzen Donnerstags“. Von Reiner Ruf

Die Grünen-Fraktion im Landtag hält die Staatsanwaltschaft Stuttgart bei ihren Ermittlungen zum Polizeieinsatz im Schlossgarten für befänglich. Der Abgeordnete Hans-Ulrich Sckerl bezieht sich dabei auf Interviewäußerungen des Oberstaatsanwalts Bernhard Häußler vom 11. Dezember 2010. Häußler hatte damals gesagt: „Vorläufig kann ich sagen, dass es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass der Einsatz insgesamt offensichtlich unrechtmäßig war. Auf der zweiten Ebene klären wir, ob sich einzelne Beamte falsch verhalten haben.“ Der Oberstaatsanwalt sprach aber „angesichts der hohen Zahl der Verletzten und der Schwere der Verletzungen“ von einer „besonderen Situation“. Der Verdacht, dass die Polizei versucht habe, Demonstranten aus den Bäumen zu vertreiben, sei jedoch ausgeräumt.

Der Grünen-Abgeordnete Sckerl hält diese Aussagen Häußlers wenigstens für voreilig, weil zu diesem Zeitpunkt die Ermittlungsverfahren gerade erst eingeleitet worden waren oder zumindest noch im vollen Gang waren. „Der zuständige Staatsanwalt erteilt Persilscheine ohne festgestellte Ermittlungsergebnisse und abgeschlossene Verfahren“, moniert Sckerl. „Er ist offensichtlich befänglich.“ Daher seien größte Zweifel angebracht, ob der Polizeieinsatz



Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler ist in die Kritik geraten. Foto: dpa

objektiv und sachgerecht überprüft werde. Denn am 21. Dezember habe der Oberstaatsanwalt in einem Schreiben an den Untersuchungsausschuss des Landtags mitgeteilt, dass die Ermittlungen noch andauerten. Aus dem Schreiben gehe hervor, dass die Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes noch „zu gegebener Zeit“ abschließend geklärt werden müsse, auch die Ermittlungen zum Einsatz der Wasserwerfer seien noch nicht beendet. Für den Grünen-Politi-



Die juristische Bewertung des Polizeieinsatzes im Schlossgarten ist noch nicht abgeschlossen.

Foto: dapp

ker Sckerl folgt aus den Vorwürfen, die Aufklärung des Polizeieinsatzes vom 30. September in die Verantwortung einer anderen Staatsanwaltschaft zu legen.

Das hält der Generalstaatsanwalt Klaus Pflieger für ungerechtfertigt. „Anhaltspunkte dafür, dass die Staatsanwaltschaft Stuttgart die entsprechenden Ermittlungen nicht objektiv und sachgerecht führen könnte, bestehen nicht“, schrieb er bereits am 22. Dezember in einer Verfügung. Auch Justizminister Ulrich Goll (FDP) sieht „weder Anlass noch Raum“, auf die Entscheidung des Generalstaatsanwalts mittels einer externen Weisung des Justizministeriums Einfluss zu nehmen.

Der CDU-Obmann im Untersuchungsausschuss, Ulrich Müller, wies die Kritik an der Staatsanwaltschaft als haltlos zurück. Mit ihrem Vorstoß, Häußler wegen Befähigung abzuberufen, befänden sich die Grünen sowohl parlamentarisch als auch rechtlich auf dem Holzweg. Müller fügte hinzu: „Man löst Rechtsprobleme der Widerstandshandlung, die sich rund um Stutt-

STEFAN MAPPUS: KEINERLEI SCHULDGEFÜHLE WEGEN ERBLINDETEM

Schlossgarteneinsatz Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) hat wegen der Erblindung des vom Wasserwerfer getroffenen Stuttgarter-21-Gegners Dietrich Wagner „keinerlei Schuldgefühle“. „Natürlich tut mir der Mann leid. Allerdings wurde er von Polizisten mehrmals von dem Ort weggeführt. Er wurde

darauf hingewiesen, dass es gefährlich sein kann, er ist aber immer wieder zurückgekehrt“, sagte Mappus der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Augenverletzung Auf die Frage, ob Wagner selbst schuld sei, antwortete Mappus: „Ich fände es unpassend, bei jemandem, der eine

schwere Verletzung hat, von Schuld zu sprechen. Aber die Schuld auf andere abzuwälzen, finde ich nicht legitim.“ Wagner hat bestritten, eine Mitverantwortung für seine Verletzung zu tragen. Das Foto des aus den Augen blutenden Rentners ging nach dem massiven Polizeieinsatz am 30. September 2010 um die Welt. *dpa*

gart 21 ergeben haben, nicht, indem man haltlose Kritik an der Polizei und der Justiz übt.“ CDU-Landesgeneralsekretär Thomas Strobl sprach von einem „durchschaubaren Wahlkampfmanöver“.

Im Untersuchungsausschuss war allerdings der Freiburger Verfassungsrechtler Ralf Poscher zu einem anderen Ergebnis gekommen als Oberstaatsanwalt Häußler in seinem Interview. Der von den Grünen als Sachverständiger bestellte Professor wertete den Widerstand im Schlossgarten als Spontansammlung. In seiner Verfassungsexegese kam Poscher zu dem Ergebnis, dass die Anwendung des unmittel-

bar Zwangs – also der Einsatz von Wasserwerfern, Pfefferspray und Schlagstock – im juristischen Sinn zwar erforderlich war, um das Baufeld freizuräumen und den Beginn der Baumfällarbeiten zu ermöglichen. Allerdings sei er nicht angemessen gewesen, wodurch der Polizeieinsatz unverhältnismäßig und damit rechtswidrig wurde.

Poscher stellte sich gegen den von der CDU berufenen Sachverständigen, den Staatsrechtler Thomas Würtenberger. Dieser hatte den Begriff der verfassungsrechtlich geschützten Spontansammlung zurückgewiesen und von einer rechtswidrigen Verhinderungsblockade gesprochen.

Der Schaffner ist oft überfragt

Kampagne Die Naturfreunde fordern eine einheitliche und kostenlose Mitnahme von Fahrrädern im Nahverkehr. Von Katharina Sorg

Ein guten Rat gibt es für Radfahrer nicht immer. Wer sein Zweirad mit in Zug und Bahn nehmen möchte, der steht oft ratlos vor dem Kartenautomaten der öffentlichen Verkehrsmittel.

„Wir wollen endlich eine einheitliche kostenlose Fahrradmitnahme im Nahverkehr für das ganze Land Baden-Württemberg“, sagt Nik Sakellariou, Vorsitzender der Naturfreunde Baden-Württemberg. Bisher seien die Tarife von Landkreis zu Landkreis verschieden und daher für Radfahrer äußerst schwer zu überblicken.

Würde man beispielsweise mit dem Zug von Stuttgart an den Bodensee fahren, und sein Rad in den Zug schieben, wäre die Mitnahme zunächst kostenlos, im Landkreis Göppingen dann aber wieder kostenpflichtig. Kreuzt man einen anderen Landkreis, fallen so also eventuell plötzlich Zusatzgebühren an. Generell kostet ein Fahrradticket im Nahverkehr 4,50 Euro. Am Automaten würde es dem Fahrgast grundsätzlich zu seinem Ticket angeboten, unabhängig davon, ob es im jeweiligen Verkehrsverbund überhaupt benötigt wird.

Darüber werden Radfahrer am Automaten nicht informiert. Doch ob und wann man für sein Rad zahlen muss oder nicht, diese Frage könnten auch oft Schaffner nicht beantworten, sagt Peter Pipiorke von den Naturfreunden Stuttgart, der die neue Kampagne „Nimm's mit“ des Verbands vorgestellt hat. Zu unübersichtlich seien die Regeln in den insgesamt 22 Nahverkehrsreichen im Land. Auch die Sperrzeiten, also wann ein Rad mit in den Zug genommen werden darf und wann nicht, seien unterschiedlich. Deshalb erwarten die Mitglieder des Verbands nach der Wahl von einer neuen Landesregierung, dass eine kostenlose Mitnahme des Zweirads rund um die Uhr im Nahverkehr durchgesetzt wird. „Wir halten dieses Ziel für realistisch“, sagt Sakellariou. Auch der Stellenwert des Radverkehrs in Baden-Württemberg würde so erhöht werden.

Der Fernverkehr ist nicht Teil der Kampagne. Wobei die Bahn zunehmend das IC-Netz verkleinere und mehr ICE-Züge einsetzt. „Im ICE dürfen keine Fahrräder mitgenommen werden“, sagt Sakellariou.

U-18-Wahl für junge Leute

Landtagswahl Vor dem 27. März erhebt der Landesjugendring ein Stimmungsbild. Gewählt wird in öffentlichen Einrichtungen.

Vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg können erstmals auch Kinder und Jugendliche an die Wahlurne. Bei der landesweiten „U-18-Jugendwahl“ können sie ihre Stimme vor der eigentlichen Abstimmung am 27. März abgeben. „Wir sind das erste Bundesland in Deutschland, das ein solches Angebot zu einer Landtagswahl auf die Beine stellt“, sagte der Bildungsreferent des Landesjugendrings Baden-Württemberg, Udo Wenzl. Ziel sei, Kinder und Jugendliche für politische Wahlen zu interessieren.

„Für Unter-18-Jährige hat das Wählen eine große Symbolkraft“, sagte Wenzl. „Kinder und Jugendliche wollen dabei sein, wenn es um politische Weichenstellungen geht. Bisher haben sie jedoch das Gefühl, ausgegrenzt zu sein, nicht ernst genommen zu werden.“ Die Jugendlichen würden mit der Wahl in politische Prozesse und die politische Meinungsbildung einbezogen. „Damit wird aktiv gegen die bei Jugendlichen stärker werdende Politikverdrossenheit vorgegangen“, sagte Wenzl zum Start des Projektes. Für die Parteien und Poli-

ker bestehe damit die Chance, mit Jugendlichen in Kontakt zu kommen.

Für „U 18“ würden landesweit öffentliche Wahllokale eingerichtet – unter anderem in Schulen, bei Verbänden, in Jugendhäusern und anderen kommunalen Einrichtungen. Landesweit sollen mehr als 200 Wahllokale entstehen. Die Wahlzettel und Wahlkreise, die zur Wahl stehenden Politiker sowie die Parteien sind identisch mit denen der echten Landtagswahl. Das Projekt ist unabhängig von Parteipolitik.

Gewählt werden kann bis zum 18. März, also bis neun Tage vor der Landtagswahl. Danach werden die Stimmen öffentlich und von Jugendlichen ausgezählt. Es gibt über das Internet landesweite Hochrechnungen und ein offizielles Endergebnis. „Die Stimmen dokumentieren ein politisches Stimmungsbild von Kindern und Jugendlichen“, sagte Wenzl. In das Ergebnis der echten Landtagswahl fließen sie nicht ein. Organisiert wird die Jugendwahl vom Landesjugendring und der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg. *lsw*

Die Wirte blicken hoffnungsfroh in die Zukunft

Mehrwertsteuersenkung Die Hotel- und Gaststättenbetriebe im Land haben 2010 deutlich mehr investiert. Von Andrea Koch-Widmann

Die Hoteliers und Wirte im Land sind zuversichtlich. „Die Entwicklung hat sich vom Negativen ins Positive gedreht“, sagte Peter Schmid, Präsident des Hotel- und Gaststättenverbandes Dehoga in Baden-Württemberg gestern. Gründe für den Aufwärtstrend seien die gute Konjunktur und die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen. Der Aufschwung werde sich auch 2011 fortsetzen, die Branche rechnet mit einem Umsatzplus von zwei Prozent.

Eine höchst erfreuliche Bilanz zog der Dehoga-Präsident aufgrund der Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf sieben Prozent für die Hotellerie. 240 Millionen Euro und damit doppelt so viel wie in den Jahren zuvor hätten die Beherbergungsbetriebe 2010 investiert – in die Renovierung von Bädern, Zimmern, Fassaden,

Wellnesseinrichtungen oder den Einbau in energiesparende Blockheizkraftwerke. Diese Zahl sei keine Hochrechnung, sondern beruhe auf tatsächlich erfolgten Investitionen in 1500 der 7000 Beherbergungsbetriebe, betonte Schmid. Investiert hätten die Hotels auch in die Servicequalität, 1400 Mitarbeiter seien zusätzlich eingestellt worden. Auch die Gäste hätten profitiert – die Preise für Hotelübernachtungen seien günstiger gewesen als in den jeweiligen Vorjahresmonaten, sagte der Dehoga-Präsident und verwies auf die „neutralen Zahlen“ des Statistischen Landesamtes.

„Die Hotellerie hat Wort gehalten. Wir erwarten jetzt auch, dass die Politik Wort hält“, betonte der Dehoga-Präsident und zielte damit auf die anhaltende Kritik am Steuergeschenk der CDU-FDP-Koalition. Eine Rücknahme der Reduzierung lehnt

der Verband ab. Vielmehr müsse der gesenkte Steuersatz auch für den Gastronomiebereich gelten, forderte Schmid und mahnte eine „aktive Mittelstandspolitik“ an.

Sorge bereiten dem Verband die rund 46 000 Familienbetriebe, die vor einem Generationswechsel stünden. Das sei vor allem im ländlichen Bereich ein Problem. „Das Sterben der Dorfgasthäuser geht weiter – und wir können nichts dagegen tun“, sagte Schmid.

Die Wirtschaftskrise hatte die Branche hart getroffen, 2009 waren die Erlöse um 7,8 Prozent eingebrochen. Auch in den Anfangsmonaten 2010 waren die Auswirkungen noch deutlich spürbar, insbesondere in der Tagungs- und Geschäftsreisshotellerie und in den Cateringunternehmen. Von Juni an jedoch ging es deutlich

aufwärts. Insofern sei 2010 „ein Jahr der Extreme gewesen“, sagte der Dehoga-Präsident. Insgesamt kommt die Branche im Zeitraum von Januar bis November auf ein Umsatzplus von 0,8 Prozent.

Die konjunkturelle Belebung sei höchst unterschiedlich in den verschiedenen Betriebsarten gewesen. So musste die Gastronomie, die nicht von dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz profitiert, einen leichten Rückgang von 0,2 Prozent hinnehmen. Einen Umsatzzuwachs von 2,8 Prozent verzeichneten die 7000 Beherbergungsbetriebe in den ersten elf Monaten. Die Zahl der Hotelübernachtungen kletterte um 4,6 Prozent auf knapp 25,5 Millionen. Die Bettenauslastung lag bei durchschnittlich 36,5 Prozent, und damit um 1,4 Prozentpunkte höher gegenüber 2009.



„Die Hotellerie hat Wort gehalten. Wir erwarten jetzt auch, dass die Politik Wort hält.“ Peter Schmidt, Dehoga-Präsident